

Ivo Millarg

# Die Schranken des freien Warenverkehrs in der EG

Systematik und Zusammenwirken von  
Cassis-Rechtsprechung und Art. 30 EG-Vertrag



Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden

*ZHlA/S.-iZ*

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Vorbemerkung	17
Einführung	19
<b>1. Teil: Überblick über den freien Warenverkehr nach dem EG-Vertrag</b>	<b>21</b>
A. Die Zollunion - Art. 23-27 EGV	21
I. Das Verbot von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedstaaten	21
II. Der Gemeinsame Zolltarif	23
B. Das Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung - Art. 28 EGV	24
I. Grundsätzliches	24
1. Die unmittelbare Anwendbarkeit von Art. 28 EGV	24
2. Voraussetzungen für die Anwendbarkeit von Art. 28 EGV	25
II. Die Begriffe der mengenmäßigen Beschränkung und der Maßnahme gleicher Wirkung	29
1. Gemeinsame Merkmale beider Tatbestandsalternativen	29
a. Nicht erfaßte Maßnahmen	29
b. Die primäre Ausrichtung auf staatliche Maßnahmen	30
2. Die mengenmäßige Beschränkung	31
a. Einfuhrkontingente, Importverbote und zeitliche Reglementierungen	31
b. Abgrenzung von der Maßnahme gleicher Wirkung	32
3. Die Maßnahme gleicher Wirkung	33
a. Die Richtlinie 70/50 der Kommission	34
b. Die Dassonville-Formel	36
aa. Die Entscheidung im Fall "Dassonville"	36
bb. Die Merkmale einer Maßnahme gleicher Wirkung	38
c. Die Cassis-Formel	40
aa. Die Entscheidung im Fall "Cassis de Dijon"	40
bb. Art. 28 EGV als allgemeines Beschränkungsverbot	41
cc. Die Einschränkung des Art. 28 EGV durch zwingende Erfordernisse des Gemeinwohls	42
d. Weitere Merkmale der Maßnahme gleicher Wirkung	43
aa. Maßnahmen gleicher Wirkung bei Drittlandswaren im freien Verkehr (Art. 23 Abs. 2, 24 EGV)	43
bb. Die Einbeziehung nicht-zwingender Maßnahmen	44
cc. Die erfaßten staatlichen Maßnahmen	45

e. Die Handlungen Privater	47
aa. Grundsätzliche Überlegungen	48
bb. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs	49
cc. Stellungnahme und Konzept einer mittelbaren Drittwirkung	50
f. Weitere Einschränkungen bei unterschiedlos geltenden Regelungen	53
aa. Das Spannungsverhältnis zwischen Art. 28 EGV und den fortbestehenden Kompetenzen der Mitgliedstaaten	53
bb. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs	55
aaa. Verneinung einer handelsbehindernden Wirkung	55
bbb. Einschränkungen nach dem Regelungsgegenstand	58
ccc. Zusammenfassende Würdigung	60
g. Die Keck-Rechtsprechung	62
aa. Die Entscheidung im Fall "Keck & Mithouard"	62
bb. Die Merkmale einer nicht gegen Art. 28 EGV verstoßenden Maßnahme	64
aaa. Unterschiedlose Geltung und Diskriminierungsverbot	65
bbb. Geltungsbereich der Keck-Rechtsprechung	66
ccc. Weitere Fallgruppen	69
cc. Keine Eignung der Maßnahme zur Marktabschottung	72
dd. Der mit der Maßnahme verfolgte Zweck	73
ee. Zusammenfassende Würdigung	74
C. Vertragliche Ausnahmen vom Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung - Art. 30 EGV	75
I. Die Schutzgüter des Art. 30 EGV	75
II. Die nach Art. 30 EGV zu rechtfertigenden Maßnahmen	75
III. Art. 30 Satz 2 EGV	76
IV. Grundsätze der Normauslegung	76
D. Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung	78
I. Die Begründung des Prinzips durch die Cassis-Entscheidung	79
II. Durchbrechungen des Prinzips und fortbestehende Notwendigkeit der Rechtsangleichung	80
III. Würdigung	82
<b>2. Teil: Die Dogmatik der Einschränkungen des freien Warenverkehrs</b>	<b>83</b>
A. Artikel 30 EGV	83
I. Vertragliche Einschränkung des freien Warenverkehrs	83
II. Die Funktionsweise von Art. 30 EGV	83
III. Ratio legis - Art. 30 EGV als Ausnahme vom Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung	85
IV. Art. 30 EGV in der Praxis	87

V. Art. 30 EGV und der Erlaß von Harmonisierungsmaßnahmen	87
VI. Zusammenfassung	89
B. Die zwingenden Erfordernisse nach der Cassis-Formel	89
I. Dogmatische Legitimation	90
II. Methodisch-systematische Einordnung	93
1. Mögliche Konstruktionen	94
2. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs	95
3. Immanente Schranke des Art. 28 EGV oder Rechtfertigungsgrund ?	96
4. Zwischenergebnis	102
III. Alternative Ansätze	102
1. Die Anwendung von Art. 28 EGV als komplexer Abwägungsvorgang	103
2. Die Unterscheidung zwischen Regel-Kern und Begriffshof	104
3. Die Unterscheidung von spezifischen und nicht spezifischen Handelsbehinderungen	105
4. Der Binnenmarktvergleich	106
5. Die Neubelebung früherer Ansätze zur Beschränkung von Art. 28 EGV	107
a. Art. 28 EGV als bloßes Diskriminierungsverbot	107
b. Vornahme einer Spürbarkeitsprüfung	109
6. Art. 28 EGV als "Abschreckungsverbot"	110
7. Art. 28 EGV als Regelung des Wettbewerbs der nationalen Märkte	111
IV. Parallelen zu Art. 30 EGV	114
C. Die weiteren Einschränkungen bei unterschiedlos geltenden Regelungen	115
I. Die Verneinung der handelsbeschränkenden Wirkung einer Maßnahme	116
II. Einschränkungen nach dem Regelungsgegenstand	117
1. Die Voraussetzungen für eine Einschränkung	117
2. Parallelen zur Cassis-Rechtsprechung	118
3. Würdigung und Kritik	120
D. Die Einschränkungen durch die Keck-Rechtsprechung	121
I. Methodische und dogmatische Grundlagen	121
II. Generalisierung und Förderung der Transparenz	123
III. Aufgabe der Grundsätze der Cassis-Rechtsprechung ?	125
IV. Bisherige Entscheidungen im Licht der neuen Rechtsprechung	127
1. Ausweitung des Bereichs einer nur eingeschränkten Anwendung von Art. 28 EGV	128
2. Verhältnis zur bisherigen restriktiven Rechtsprechung	129
a. Entscheidungen, in denen eine immanente Schranke angenommen wurde	129
b. Entscheidungen, in denen auch die handelsbeschränkende Wirkung verneint wurde	131
c. Entscheidungen, in denen allein die fehlende handelsbeschränkende Wirkung maßgeblich war	132

3. Zusammenfassung	133
V. Zur Kritik an der Keck-Rechtsprechung	134
<b>3. Teil: Die einzelnen Rechtfertigungsgründe und zwingenden Erfordernisse</b>	<b>139</b>
A. Die Rechtfertigungsgründe des Art. 30 EGV	139
I. Öffentliche Sittlichkeit	139
II. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	141
1. Grundsätzliches	141
2. Abgrenzungsfragen	145
III. Schutz von Leben und Gesundheit	146
1. Grundsätzliches	146
2. Abgrenzungsfragen	150
IV. Schutz nationalen Kulturguts	153
V. Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums	155
1. Grundsätzliches	155
2. Abgrenzungsfragen	157
3. Sekundärrecht	161
B. Die zwingenden Erfordernisse nach der Cassis-Formel	163
I. Wirksame steuerliche Kontrolle	164
II. Schutz der öffentlichen Gesundheit	166
III. Verbraucherschutz und Lauterkeit des Handelsverkehrs	167
1. Grundsätzliches	167
2. Das europäische Verbraucherleitbild	169
3. Abgrenzungsfragen	173
a. Überschneidungen mit Art. 30 EGV	173
b. Verbraucher- und Lauterkeitsschutz nach der Keck-Rechtsprechung	176
4. Sekundärrecht	177
IV. Umweltschutz	181
1. Grundsätzliches	181
2. Abgrenzungsfragen	186
V. Schutz öffentlicher Netze	189
VI. Erhaltung der Medienvielfalt	191
1. Anerkennung eines zwingenden Erfordernisses	191
2. Parallelen in der Rechtsprechung	193
VII. Schutz der Sozialsysteme	195
1. Anerkennung eines zwingenden Erfordernisses	195
2. Parallelen in der Rechtsprechung	196

<b>4. Teil: Die Ergänzung des Art. 30 EGV durch zwingende Erfordernisse</b>	198
A. Die zwingenden Erfordernisse als immanente Schranke des Art. 28 EGV	198
B. Allgemeine Grundsätze für die Anerkennung zwingender Erfordernisse	200
I. Die Offenheit der Cassis-Formel	200
II. Die Begrenzung der zwingenden Erfordernisse durch Art. 30 EGV	202
III. Die Begrenzung der zwingenden Erfordernisse durch primäres und sekundäres Gemeinschaftsrecht	203
IV. Die Beschränkung der zwingenden Erfordernisse auf nicht-wirtschaftliche Gründe	205
C. Quellen zwingender Erfordernisse	209
I. Die Begründung zwingender Erfordernisse in der Rechtsprechung	210
1. Die Cassis-Entscheidung	210
2. Spätere Entscheidungen	212
II. Einzelne Rechtsquellen	213
1. Gemeinschaftsrecht	214
a. EG-Vertrag	215
b. Sekundärrecht	219
c. Ungeschriebenes Gemeinschaftsrecht	221
2. Recht der Mitgliedstaaten	223
a. Verfassungsrecht	223
b. Übrige Rechtsordnung	226
3. Völkerrecht	228
III. Zusammenfassung	230
D. Parallelen und Ausblick - Die Rechtsprechung zum freien Dienstleistungsverkehr	231
I. Überblick über die Rechtsprechung zur Dienstleistungsfreiheit	232
II. Parallelen und Unterschiede zum freien Warenverkehr	233
III. Die anerkannten Allgemeininteressen im Bereich der Dienstleistungsfreiheit	235
1. Parallele Tatbestände bei Dienstleistungs- und Warenverkehrsfreiheit	236
2. Vergleichbare Tatbestände bei Dienstleistungs- und Warenverkehrsfreiheit	236
3. Weitere Ausnahmen zur Dienstleistungsfreiheit	240
IV. Zusammenfassung	243
<b>5. Teil: Gemeinsame Grenzen für die Berufung auf Rechtfertigungsgründe und zwingende Erfordernisse</b>	245
A. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	245
I. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als allgemeiner Rechtsgrundsatz	245
II. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bei der Prüfung von Art. 30 EGV	246

III. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bei der Prüfung zwingender Erfordernisse	248
IV. Verhältnismäßigkeitsprüfung und mitgliedstaatlicher Beurteilungsspielraum	249
1. Regelungsziel	250
2. Geeignetheit	251
3. Erforderlichkeit	253
4. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	257
V. Der Beurteilungsspielraum bei einzelnen Schutzgütern	261
1. Art. 30 EGV	261
2. Zwingende Erfordernisse	265
3. Fazit	267
VI. Legitimation der gemeinschaftlichen Kontrolle	268
B. Das Verbot diskriminierender Maßnahmen	273
I. Begriffsklärung	273
II. Das Diskriminierungsverbot als allgemeiner Rechtsgrundsatz	276
III. Das Diskriminierungsverbot in Art. 30 EGV	277
IV. Das Diskriminierungsverbot in der Cassis-Rechtsprechung	278
V. Stellungnahme	279
<b>6. Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse und Prüfungssystematik</b>	<b>283</b>
Literaturverzeichnis	289
Verzeichnis von Dokumenten	310